

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda



Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda bestellte Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskassette Bischofswerda Konto Nr. 64

Verlagspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Drei im Haus halbjährlich 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Verleger: Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlegeranstalt — hat der Bezüge keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., dreiseitige Anzeigen 8 Pfg. Im Textfeld die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 69

Dienstag, den 22. März 1932.

87. Jahrgang

## Tageschau.

In längeren Ausführungen vor Pressevertretern schilderte Präsident Dr. Muler die gegenwärtige schwierige finanzielle Lage der Gewerbetreibenden.

Ueber die Stadt Aßen a. d. Oder ist der Konkurs eröffnet worden. Die Verschuldung beläuft sich auf 400 000 Mark.

Reichsanwalt Dr. Bräutigam hatte am Montag eine längere Unterredung mit dem preussischen Innenminister Severing.

Im englischen Konsulat in Schanghai haben Montag nachmittag wiederum japanische Verhandlungen zwecks Abschluß eines Waffenstillstandes stattgefunden. Fünf japanische Kreuzer, zwei Flugzeugträger und 18 Zerstörer haben den Auftrag erhalten, nach Japan zurückzukehren.

Die U. S. N. Staaten Alabama, Kentucky und Tennessee wurden von einem schweren Wirbelsturm heimgesucht. Etwa 100 Personen sind getötet, mehrere hundert Menschen sind obdachlos geworden.

7) Ausführliches an anderer Stelle.

## Auch einer.

Lloyds Georges Angriff gegen Kriegsschulden und Tribute.

Es hat schon mehr als ein gegeben, dem die Blütenräume, die seinerzeit in Versailles geträumt wurden, nicht in Erfüllung gegangen sind. Ein Schulbeispiel für diese Sorte von Staatsmännern, die die Welt ins Unglück gebracht haben, ist der Knabe mit dem weißen Scheitel: Lloyd George. Wenn man es nicht aus allen bisher erschienenen Memoiren wählt, welche die Herstellung der Friedensverträge behandeln, hätte man es aus allen nachfolgenden Konferenzen über Kriegsschulden und Kontributionen erfahren können, daß gerade Lloyd George es war, der am leichtsinnigsten und großzügigsten mit den Verpflichtungen umging, unter denen jetzt die Welt zusammenzubrechen droht. Man denke nur an die Konferenz von Spa, wo er als englischer Delegationsführer die sonst gewohnte brutale Sprache der Franzosen gegenüber den besiegten Deutschen weit in den Schatten stellte! Als Lloyd George noch die Geschäfte Englands führte, wurde in London jene Außenpolitik angepöppelt, deren Grundgedanke lautete: Verkauf der Interessen Deutschlands meistbietend an Frankreich! Und das zu einer Zeit, da England noch stark genug war, den Franzosen Parole zu bieten, da es noch mächtig genug war, die Vormachtstellung Frankreichs nicht zu einer derartig erdrückenden Größe anschwellen zu lassen. Im Londoner Auswärtigen Amt sahen noch heute die Erben dieser für das britische Weltreich so außerordentlich kostspieligen Politik und verteidigten sie zäh und unbeirrt durch alles, was sich für ihr Vaterland inzwischen daraus ergeben hat. Einer nach dem andern von den Schuldigen an Versailles — mit Ausnahme natürlich der Franzosen — sind allmählich, aber leider viel, viel zu spät zu der Einsicht gekommen, haben sich an die Brust geschlagen, wenn sie es naturgemäß auch vermeiden, zu sagen: Vergebt mir, ich habe gesündigt. Lloyd Georges Bekanntheit datiert schon seit längerer Zeit, nämlich von da an, als für ihn die Aussicht zu schwinden begann, daß er jemals noch Englands Ministerpräsident sein würde. Aber gänzlich zermürbt ist er auch jetzt noch nicht. Er sucht nämlich in seinem Buch gegen Kriegsschulden und Tribute zu beweisen, daß er nicht nur unschuldig ist an allen diesen sinnlosen Ueberforderungen, sondern daß er schon damals, als sie in die Welt gesetzt wurden, vorausgesagt habe, was daraus entstehen werde. Sehr überzeugend gelingt dieser Versuch gerade nicht. Aber sei es drum. Dieser Sünder wiegt ganz bestimmt seine neunundneunzig Gerechte auf, jammert er sich mit seinem vollen Gewicht, das wir nicht unterschätzen wollen, in die Front wider die überhöhten Kriegszahlungen in jeder Form stellt. Seine Stimme, das zeigt schon die ungeteilte und fast begeisterte Zustimmung der gesamten englischen Presse, wird in der jetzt anhebenden Agitationsoffensive gegen die Kriegsschulden und Tribute einen ganz besonderen Klang haben.

Daß das Gewissen des Verfassers des Buches von der „Wahrheit über Reparationen und Kriegsschulden“ nicht ganz rein ist, beweist die Tatsache, daß er den unmittelbaren Kontrahenten Englands, nämlich Frankreich, ziemlich umgekehrt. Der Angriff Lloyd Georges ist nicht gegen Paris gerichtet, denn eine Gegnerschaft aus dieser Ecke könnte ihm unangenehm werden. Der Hauptstoß richtet sich vielmehr gegen Amerika, das die Schlüsselstellung in den Fragen, um die es geht, ja in der Tat inne hat. Hier spricht Lloyd George recht unverblümt und mit Argumenten, die schlechterdings nicht zu widerlegen sind. Er ist vor allem darum bemüht, den Amerikanern klarzumachen, daß sich England

nicht als ein Armer an seinen reichen Vetter wende, er wagt auch im Unglück das Gesicht. Aber England war und ist heute noch der größte internationale Kaufmann, der die Gefahr und die Lohheit kennt, die es vom Standpunkt der Weltwirtschaft aus gesehen ausmacht, wenn man die Schulden aufrecht erhält, für die kein Gegenwert empfangen worden ist. Englands Haltung wird vom Common Sense bestimmt, der weiß, wann es sich lohnt, großzügig zu sein. Besonders deutlich wird der englische „Vater des Sieges“ in dem folgenden Absatz aus seinem Buch: „Rundheraus gesagt, hat der Preisfall auf dem Weltmarkt den realen Wert der Schulden an Amerika um 50 v. H. erhöht. Um die Hälfte mehr muß in Waren übereignet werden, um denselben Dollarbetrag zu tilgen. Für Großbritannien bedeutet das Abgehen vom Goldstandard eine weitere Belastung, die eine nochmalige, neuerliche Erhöhung um 50 v. H. der bereits angeschwollenen Schuld ausmacht. Es hat keinen Zweck, die Augen vor der Tatsache zuzunehmen, daß die Mehrheit dieser Schulden faule Schulden sind. Ihre Zahlung hat bisher von den deutschen Reparationen abgegangen; diese Quelle ist heute ausgepumpt. Um sie wieder

stehen zu lassen, müßte man nicht nur etwas Wasser hineingießen, man müßte auch fortfahren, mehr hineinzuschütten, als schließlich herausfließt. Das war die Erfahrung der Dames-Anleihe und des Young-Planes. Die nächste Patentanleihe wird ein ebensolcher Reinsfall werden. Die Geschichte der Reparationen hat gezeigt, daß die Bemühungen, internationale Zahlungen auf Kriegskonto herauszugeben, zu einer ständig schrumpfenden Ausbeute und zu dem Bankrott der Schuldner führe. Abgesehen von jeder moralischen Seite dieses Vorgehens leuchtet es jedem ein, daß, wenn Amerika seine ehemaligen Verbündeten im Weltkrieg in die Zahlungsunfähigkeit treibt, es damit seine besten Kunden bankrottieren läßt.“ Besser könnte es kein Deutscher sagen! Um wie viel mehr ist es wert, daß es nicht nur einer der Hauptschuldigen, ein Engländer, sagt, daß es darüber hinaus nicht nur die Meinung eines einzelnen, sondern der gesamten englischen Geschäftswelt, und zwar der maßgebendsten, ist. Lloyd George hat viel von dem, was er gesündigt hat, gutgemacht, wenn sein Buch von der „Wahrheit über Kriegsschulden und Reparationen“ zum Stichwort für Bauzanne wird.

## Die Zerrüttung der Gemeindefinanzen durch die Wohlfahrtslasten.

Berlin, 21. März. Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände veranstaltete heute morgen einen Presseempfang, bei dem Präsident Dr. Muler die gegenwärtige Lage der Gemeinden und Gemeindeverbände beleuchtete.

Die deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände — so führte er aus — stehen vor der Notwendigkeit, für das am 1. April beginnende Haushaltsjahr 1932 einen Voranschlag aufzustellen. Die finanzielle Lage der Gemeinden und Gemeindeverbände ist sehr ungünstig geworden. Es zeigt sich von Jahr zu Jahr mehr, wie der Finanzausgleich in den letzten Jahren von Reich und Ländern zum Nachteil der Gemeinden verändert worden ist. Die monatlichen Lasten der Gemeinden und Gemeindeverbände für die Erwerbslosenfürsorge (einschließlich Krisenlöhne) betragen gegenwärtig etwa 98 Millionen Mark, während die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer nur noch 55 Millionen Mark monatlich betragen. Es ist klar, daß die wachsenden Ressenschwierigkeiten immer mehr dazu nötigen, alle vorhandenen Einnahmen für die Zahlung von Unterstufungen, Gehältern und Löhnen in erster Linie in Anspruch zu nehmen, und daß zur Zeit kaum noch Beiträge zur Erfüllung sonstiger Zahlungsverbindlichkeiten bereitgestellt werden können. Die Nichterfüllung des Schuldendienstes bei den kurzfristigen Kommunalschulden, die Rückzahlung des Gemeindeanteils an der Krisenfürsorge, die Verzögerung in der Ablieferung der Staatssteuern und sonstige Zahlungseinstellungen der Gemeinden können nicht ohne die bedenklichsten Rückwirkungen auf die private und die öffentliche Wirtschaft bleiben.

Ueber die voraussichtliche Gestaltung der Gemeindefinanzen im Haushaltsjahr 1932 sagte Dr. Muler:

„Wegen der Belastung mit den Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge, die 1931 etwa 1100 Millionen Mark betrug, von denen 230 Millionen Mark vom Reich getragen wurden, muß 1932 auf 1560 Millionen Mark steigen.“

Der Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände an der Einkommen- und Körperschaftsteuer wird 1932 gegenüber 1931 voraussichtlich um rund 600 Millionen Mark auf nur 520 Millionen Mark, d. h. um nicht weniger als 53 Prozent, zurückgehen. Dagegen wird die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer infolge der Erhöhung der Umsatzsteuer im Dezember 1932 nur 120 Millionen Mark erbringen. Die Gemeindebeiträge zur Steuererhebung voraussichtlich rund 50 Millionen Mark weniger erbringen; als Ersatz für diesen Ausfall werden den Gemeinden von seiten des Reiches lediglich 28 Millionen Mark überwiesen, so daß noch 22 Millionen Mark ungedeckt verbleiben. Durch die Befreiung der Mineralwassersteuer haben die Gemeinden einen weiteren Verlust von rund 20 Millionen Mark erfahren.

Diese und andere Verschlechterungen in den Haushalten der Gemeinden und Gemeindeverbände im Reich zusammen genommen bedeuten eine Gesamtverringerung ihrer steuerlichen Einnahmen um rund 825 Millionen Mark, das heißt um mehr als 20 Prozent des heutigen Standes.

Dieser Ausfall wird noch vergrößert durch den weiteren Rückgang der kommunalen Wertschöpfungssteuer, und das unerfreuliche Bild wird durch den Ueber-

blick über die voraussichtliche Gestaltung der Ausgabenseite noch ungünstiger. Diese ist gekennzeichnet durch

das rapide Ansteigen der Wohlfahrts-erwerbslosenlasten. Würde die bisherige Dreiteilung der Reichserwerbslosenhilfe im Rechnungsjahre 1932 unverändert beibehalten, so müßten die Gemeinden und Gemeindeverbände rund 1560 Millionen Mark im Rechnungsjahre 1932 aufwenden. Eine solche Mehrbelastung ist absolut untragbar, nachdem bereits die Lasten des Jahres 1931 den Ruin der Gemeindefinanzen vollendet haben und dieses Rechnungsjahr trotz aller Notverordnungmaßnahmen und Einsparungen auf allen Gebieten mit einem Fehlbetrag von rund 280 Millionen Mark abschließt. Gewisse Erleichterungen werden dadurch eintreten, daß einzelne Notverordnungmaßnahmen des Jahres 1931 sich erst 1932 voll auswirken werden.

Die entscheidende Maßnahme zur Sanierung der Gemeindefinanzen aber ist und bleibt

die Vereinheitlichung der Erwerbslosenbetreuung durch eine Zusammenlegung der häufigen Unterstützungsformen, wenigstens von Krisenfürsorge und gemeindlicher Erwerbslosenfürsorge, wie sie bereits vor 1½ Jahren von den kommunalen Spitzenverbänden gefordert worden ist. Die Reichsregierung hat sich bisher nicht zu entsprechenden Beschlüssen entschließen können. Aus der Vereinheitlichung der Erwerbslosenbetreuung würden Ersparnisse in einem solchen Umfang eintreten können, daß die aus dem Reichshaushaltsplan zur Entlastung der Gemeinden bereitzustellenden Mittel sich in bescheidenem Rahmen halten könnten.

Sollte eine solche umfassende Hilfsmaßnahme noch nicht zum 1. April durchgeführt werden können, so ist eine sofortige Teilmaßnahme unerlässlich.

Für das erste Vierteljahr des Haushaltsjahres 1932 müßten mindestens 115 Millionen Mark bereitgestellt werden.

Darüber hinaus ist es unerlässlich, die neuen Zugänge von Wohlfahrts-erwerbslosen bei den Gemeinden abzustoppen.

Aber auch diese provisorischen Hilfsmaßnahmen des Reiches sollen und dürfen die immer dringlicher werdende Reform der gesamten Erwerbslosenbetreuung nicht aufhalten.

## Wieder eine Stadt in Konkurs.

Breslau, 21. März. Die Schlesische Bodentreditaktienbank hat beim Amtsgericht in Aßen a. d. Oder Antrag auf Konkursöffnung über die Stadt Aßen gestellt.

Das Amtsgericht hat den Rechtsanwalt Habel-Stein aus zum Konkursverwalter bestellt. Die Verschuldung soll sich auf 400 000 Mark belaufen. Gläubiger sind neben dem Staat zum größten Teil Breslauer Banken.

## Innsbrucker Tagung der Internationalen Handelskammer über den Donauplan.

Paris, 22. März. (Draht.) Die Internationale Handelskammer hat die Vorstehenden der nationalen Verbände von Deutschland, Österreich, Frankreich, England, Ungarn, Italien, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei, Südamerika, sowie Vertreter der bulgarischen Handelskammer zur Teilnahme an einer vom 16. bis 23. April in Innsbruck